



Verleihung für den Raum
außerhalb pro Quartal und Porto 2½ Thlr. — Anzeigebühr für den Raum
einer sechstelblättrigen Zeile in Beitragschrift 2 Sgr., Reclame 5 Sgr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 570. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 5. December 1874.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

24. Sitzung des Reichstages. (4. December.)

12 Uhr. Am Tische des Bundesrats Fürst Bismarck, Delbrück u. a. Vier Schreiben des Reichskanzlers geben Kenntnis von der erfolgten Wiederwahl des Abgeordneten von Heereman, von einem Antrage des bayerischen Justizministers in acht verschiedenen Fällen wegen Beleidigung des Reichstages die strafrechtliche Verfolgung einzutreten zu lassen, (das Schreiben wird an die Geschäftsordnungskommission verwiesen), von den Plänen für den Neubau des Auswärtigen Amtes, die auf dem Tisch des Hauses zur Ansicht ausliegen, und endlich von dem Zurückziehen der Position von 53,100 Mark für einen Gesandten beim päpstlichen Stuhle, wodurch der Antrag des Abgeordneten Löwe auf Streichung dieser Position hinfällig und die an dieses Thema sich knüpfende Discussion dem Hause wahrscheinlich erwartet werden möchte.

Das letzte Schreiben des Reichskanzlers, das unter großer Bewegung verlesen wird, lautet:

Berlin, den 4. December 1874.

Im Namen Sr. Majestät des Kaisers und auf Beschluss des Bundesrates beeicht ich der unterzeichnete Reichskanzler dem Reichstage mitzuteilen, daß der im Specialetat des Auswärtigen Amtes des deutschen Reichs unter Titel 7 der fortwährenden Ausgaben Nr. 19 enthaltene Antrag auf Bewilligung von 53,100 Mark für die Gefandtschaft bei dem päpstlichen Stuhle zurückspringen wird. In Folge dessen vermindert sich die Summe des Titel 7 auf 2,082,055 Mark u. s. w.

Ein Schreiben des Abg. Dr. Friedenthal, der als preußischer Staatsminister fortan nicht mehr der Reichsschulden-Kommission angehören kann, wird die Neuwahl eines anderen Mitgliedes dieser Kommission in nächster Zeit veranlassen.

Endlich erläutern die elsässischen Abgeordneten Simonis, Winter, Gerber und v. Schauenburg durch eine Bußchrift an das Präsidium, daß sie sich bei der gegenwärtig in ihrem Lande geschaffenen Lage an den Arbeiten der Commission für die Prüfung des Landeshaushalt-Stats nicht beteiligen könnten. (Hört! hört!) Präsident v. Forckenbeck verliest mit Bezug auf diese Mittheilung die Bestimmung des § 26 der Geschäftsordnung, welche nur Mitgliedern der Petitions-Kommission gestattet, nach achtwochentlicher Amtsführung einen Eriah durch Neuwahl zu beanspruchen. Es scheint also zweifelhaft, ob eine Versagung der Mitwirkung, wie sie seitens der vier elsässischen Abgeordneten angekündigt wird, wenn sie auch nicht sofort als Niederlegung der Mandate zu betrachten ist, ohne Zustimmung des Reichstages überhaupt zulässig ist. Das betreffende Schreiben wird daher zur Berichtigung an die Geschäftsordnungs-Kommission verweisen.

Die zweite Berathung des Reichshaushalt-Stats für 1875, speziell des Reichskanzleramts, wird fortgesetzt.

Zu Titel 21 „Sächsische Ausgaben für das statistische Amt“ bemerkt Reichensperger (Crefeld): Das Reichskanzleramt hat, einem Wunsche des Hauses entsprechend, uns eine statistische Arbeit über die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl zufommen lassen, welche gewissermaßen als ein Barometer der öffentlichen Meinung, hochinteressante Aufschlüsse über die Strömungen des öffentlichen Lebens und über die Stärke und Schwäche der Parteien zeigt. Zunächst wird die betreibende Erscheinung darin constatirt, daß von sämtlichen Wahlberechtigten im deutschen Reiche nur 42 Prozent, also noch nicht die Hälfte ihr Wahlrecht ausübt hat, ob aus blindem Vertrauen oder aus Pessimismus oder aus Faulheit bleibt abgestellt. Bei den Berliner Stadtwahlwahlen haben sich sogar nur 14% Prozent beteiligt.

Es regt diese Ercheinung die Frage an, ob nicht die Einführung einer geistlichen Compelle zum Wählen, ähnlich wie zu den Controldersammlungen und Schwurgerichten notwendig werden wird. Die nationalliberale Partei zeigt sich als die stärkste mit 167,440 Stimmen, als die zweitstärkste die Centrumspartei mit 156,493 Stimmen. Diese trocknen Zahlen lehren aber auch, was die Behauptung wert ist, die nationalliberale Partei habe das ganze deutsche Volk hinter sich. (Rufe: zur Sache!) (Der Präsident bittet den Redner, sich doch an die Sache zu halten.) Die Terminologie ist unklar und unverständlich; die Conservativen werden eingeteilt in Conservative, schließlich Alconservative, Nationalconservative, Nationalliberal, Conservative Freiconservative, Gemäßigt-Conservative und Ultraconservative. Unter den letzteren ist u. A. auch der Abgeordnete v. Ludwig genannt, bekanntlich ein Mitglied des Centrums. Wo hier die Grenze zwischen den Parteischlittungen zu ziehen ist, ist ganz unsicher; es hätte der Arbeit wenigstens eine Gebräuchsanweisung beigelegt werden sollen. (Heiterkeit.) Das Centrum wird als ultramontan und clerical bezeichnet. Die Bezeichnung: Reichsfeind ist zwar nicht ausdrücklich vorgebracht, da aber der Ausdruck „Reichsfreundlich“ vorkommt, so läßt dies den Schluss auf den Gegenseit zu, und zwar als gleichbedeutend mit „ultramontan“, sowie es neuerdings von dem Generalprocurator Schneegans in Kolmar in öffentlicher Sitzung ausgesprochen wurde. Wenn derartige Stichwörter bereits öffentlich gebracht werden, so ist das eine schwere Verleugnung eines großen Theils des deutschen Volkes, die wir hier auf das allerschiedenste zurückweisen müssen.

Präsident Delbrück: Das Reichskanzleramt hat weiter nichts gethan als das statistische Amt beauftragt, eine statistische Uebersicht über den Ausfall der Wahlen zu veranlassen. Das statistische Amt hat sich die Acten vom Bureau erbeten und einfach die Bezeichnungen wiederzugeben, die von den Laufenden von Wahlbehörden im deutschen Reiche eingebringen waren. Das Reichskanzleramt hat also mit der ganzen Sache nichts zu thun. Es ist diese Arbeit eine reine Uebertragung von Zahlen und Angaben aus den Wahlausfällen.

Abg. v. Kardorff wünscht, daß Reichensperger seine Ausstellungen im preußischen Landtag, wohin sie gehören, bringen möge, während Dr. Braun ihm rath, zu beantragen, daß die öffentlichen Wahlen für ein Dienstgeheimnis erklärt werden.

Abgeordneter Windthorst: Die Sache gehört durchaus hierher und nicht in den preußischen Landtag. Wenn wir berechtigte Klagen und Beschwerden im Reiche nicht einmal bei Durchberatung des Reichstags vorbringen sollen, so wäre die ganze Statsberatung überflüssig und keine Prise lobt wert. Ich freue mich übrigens, daß der Präsident des Bundeskanzleramtes diese Art und Weise der statistischen Publikation des

abzogt hat.

Abgeordneter von Kardorff: Man war im ganzen Hause darin überkommen, die Statsberatungen möglichst abzufürzen, um die Durchberatung des Stats vor Weihnachten zu Stande zu bringen. Wir erhalten auch die Bemerkungen des Abgeordneten Reichensperger keine Prise lobt wert.

Abg. v. Forckenbeck erklärt eine solche Kritik der Rede eines Abgeordneten für unparlamentarisch.

Abg. Reichensperger: Der Abg. v. Kardorff hätte nicht blos der Zeiterinnerung wegen, sondern auch in seinem persönlichen Interesse besser gehalten, auf das Wort zu verzichten.

Damit wird das Thema „Bundesrat und Ausschüsse des Bundesrates“ abgehandelt verlassen.

Bei dem Titel des Bundesrates und der Ausschüsse desselben fragt Abg. Jörg, was denn eigentlich aus dem Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten geworden sei, der nach Art. 8 der Verfassung aus den Bevollmächtigten Baierns, Sachsen und Württembers unter dem Vorsteher gebildet werden sollte, um die Regierungen der drei Königreiche auf dem Laufenden zu erhalten und sie vor Überraschungen durch den preußischen Leiter der auswärtigen Politik des Reiches zu schützen. Wenn das nicht der Sinn des Artikels ist, dann hat er einen praktischen Sinn überhaupt nicht. Jedenfalls hat die bayerische Regierung diese Bestimmung für eine eminent bedeutende gehalten und geglaubt dadurch einen bedeutenden Einfluß auf die allgemeine Lage der Dinge in Europa, als ihr bisher auigestanden wurde, zu erhalten.

Der Ausschuss ist nur ein einziges Mal wegen irgend einer kleinen Affaire in Japan versammelt worden. Wenn er seitdem nicht versammelt war, dann kann er ruhig zu den Todten gelegt werden. In der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ist in letzter Zeit ein sehr greifbar persönliches Regis-

ment eingerissen. Das persönliche Regiment hat seine schwachen Seiten, wenn es auch von der genialsten Persönlichkeit ausgeht; ja, je genialer der Träger derselben ist, desto mehr ist er bedenklichen Zusätzen, Anfällen und außerordentlichen Einstichen ausgesetzt (Heiterkeit). Es wäre sehr wünschenswert, wenn der diplomatische Ausschuss in dieser Angelegenheit beruhigend einwirken oder so zu sagen, die Milch der frommen Denfungart einträufeln könnte. Redner kommt nun auf einzelne Fälle zu sprechen, in denen er die Thätigkeit des diplomatischen Ausschusses gerügt hätte. Im Februar hat der Reichskanzler in das Versailler Cabinet einen kalten Wasserstrahl gelenkt, indem er eine Depesche an dasselbe richtete, die auch den anderen Cabineten insinuiert wurde, des Inhalts, wenn es sich herausstellen sollte, daß es für das deutsche Reich nicht möglich sei, mit den westlichen Nachbarn in Frieden zu leben, dann würde man in Berlin nicht etwa abwarten, bis die Franzosen vollkommen gerüstet wären zum Loschlagen, sondern man würde den geeigneten Moment selbst wählen und die Initiative ergreifen. (Sehr richtig! lins.) Diese Sprache ist in der That sehr praktisch; aber was war der Grund zu der Annahme, daß man nicht in Frieden leben könnte? Ein paar Hirtenbriefe von französischen Bischofsen, abgefaßt in dem schwungvollen Styl, welcher einmal dem französischen Nationalcharakter entspricht, die die Lage des Hauptes der katholischen Kirche und den deutschen Kulturkampf in einer Weise beschrieben hatten, welche dem auswärtigen Amt nicht gefallen hat: mir, nebenbei gesagt, auch nicht. Dieser Fall hätte sich ganz eminent für den diplomatischen Ausschuss geeignet, denn er widerspricht dem Programm der Nicht-Interventionspolitik, welches die erste kaiserliche Thronrede proclamirt und der Reichstag in so feierlicher Weise sanctionirt hat.

Eine solche flagrante Einmischung in die inneren Verhältnisse einer fremden Nation (Bewegung). Sehr richtig! im Centrum) hätte leicht die Veranlassung zu einem Kriege geben können, der ein Religionskrieg, der furchtbaren Art hätte werden können. (Widerspruch.) Ein zweiter Fall war folgender: Zu der Zeit als wegen des vermögenden Verbrechens eines halbverrückten Menschen ein guter Theil der Deutschen geraden ins Delirium geraten war, fiel die spanische Interventionsfrage vom Himmel. Denn nach allem, was man in der maßgebenden Presse gesehen, steht es fest, daß man die Absicht einer förmlichen Intervention hatte; erst später hat man sich einfach mit der Anerkennung der Dictatur in Spanien begnügt, mit der Anerkennung eines Mannes, durch dessen Namen ich meinen Mund nicht incommodeen will. (Heiterkeit.) Wenn dieser Fall vor den diplomatischen Ausschuss gekommen wäre, hätte manches geschehen können. Aber man war ja einmal mit den Ultramontanen im Kampf, die Carlisten sind Ultramontane, also müßten sie auch bekämpft werden. Der diplomatische Ausschuss hätte sich genau erkundigen sollen, was denn die andern Mächte davon halten und namentlich Russland. (Heiterkeit.) Was ist da zu lachen? Derjenige verdient den Namen eines deutschen Politikers nicht, der nicht weiß, daß jetzt das Bürglein der Waage des Gleichgewichtes in St. Petersburg ist, daß die neuzeitlichen Umwälzungen in Europa vor allem die Wirkung gehabt haben, das politische Übergewicht Russlands zu festigen. (Bewegung.) Im Wege der Untersuchung im diplomatischen Ausschuse wäre vielleicht auch das russische Desaster vermieden worden, das der Reichskanzler vielleicht gern ungesehen machen möchte. (Heiterkeit.)

Diese Verfassungsbestimmung bildet eine ernste Friedensgarantie, ernster vielleicht als das berühmte Dreikaiserbündniß, welches nach dem russischen Desastre nicht viel wert ist. Es scheint fast, als wenn man beim Aufstellen der Reichsverfassung den Souveränen der Einzelstaaten Zusicherungen gegeben hätte, die man nicht zu halten gesonnen ist. (Widerspruch.) Der Graf Moltke hat gesagt, wir hätten uns Achtung, aber keine Liebe erworben; er hat jedenfalls darunter die wohl begründete Scheu von der ungemein großen militärischen Macht Deutschlands verstanden. Aber es wäre nicht möglich, daß sich Deutschland nicht blos durch seine kriegerische Macht solche Scheu, sondern daß es sich auch wahre Achtung vor seiner Friedenspolitik erwirkt und dazu kann der Artikel 8 dienen. Es ist nicht nur ein verfassungsmäßiges Recht der Vertreter der Staaten im Bundesrat, sondern sogar eine verfassungsmäßige Pflicht derselben, an diesen Artikel zu erinnern und es ist hohe Zeit sich dieses Artikels zu erinnern. (Beifall im Centrum.)

Fürst Bismarck: Bei aller Bereitwilligkeit, auf sachliche Anfragen bei Gelegenheit der Budgetdiscussion Auskunft zu geben, wird es mir in diesem Falle doch schwer, weil der Herr Redner eigentlich eine Frage, auf die man antworten könnte, nicht gestellt hat. Er hat die ganze Weltlage und das ganze Ausland berührt, namentlich insoweit es dem Reiche nachtheilig sein könnte und im Auslande unangenehme Eindrücke macht. Aber wonach er mich eigentlich gefragt hat, — ich habe sorgfältig aufgepaßt, habe es aber nicht recht entdecken können; denn eine Budgetposition, die hier diskutiert werden könnte, ist für diesen Ausschuss nicht ausgeworfen. Mich in einer staatsrechtlichen Diskussion über die Auslegung der Reichsverfassung, über die Kompetenz dieses Ausschusses, über die Thätigkeit seiner Mitglieder, zu denen ebenfalls Preußen nicht gehört, mit dem Herrn Vorredner zu vertiefen, das werden Sie mir hier nicht zumuthen Ihrer Zeit wegen, und ich würde es meiner Zeit wegen auch an jedem anderen Orte vermeiden. Die Staatsrechtliche Erörterung dieser Fragen ist Sache der Bundesregierung und ihrer, die bei dem Ausschuss beteiligt sind. Der Ausschuss besteht in voller Würde, er führt die acht Nummer der verschiedenen Ausschüsse und er besteht aus dem königlich bayerischen Minister von Preyschner, dem königlich sächsischen Minister v. Treisien, dem württembergischen Gesandten v. Spizemberg, dem Großherzoglich bairischen Minister v. Dreydorff und dem Großherzoglich Mecklenburg-Schwerin'schen Vertreter v. Bülow, also daraus wird der Herr Abgeordnete entnehmen, was er wahrscheinlich wohl schon ohnehin gewußt hat, daß der Ausschuss zu Recht besteht und zusammentritt, so oft eines der Mitglieder auf Berufung antritt, resp. der königlich bayerische Gesandte ihn beruft. Das ist vielleicht schwierig, wenn der Bundesrat überhaupt nicht vorhanden ist; gewiß wäre es auch dann thunlich und der Ausschuss wird zusammentreten, so oft das Bedürfnis dazu vorliegt. Daß dies Bedürfnis nicht häufig eintritt, dafür sorgt das Auswärtige Amt, indem es die verbündeten Regierungen durch metallographische Abschriften der wichtigeren Depeschen und durch Mittheilung der Ergebnisse auf dem diplomatischen Gebiete weit über seine dienstlichen Verpflichtungen hinaus, und, soweit ich habe erkennen können, unter voller Anerkennung der verbündeten Regierungen dieselben auf dem Laufenden erhält.

Wir haben in unseren auswärtigen Beziehungen recht reine Wäsche und nicht sehr viel zu verbergen, wie sie auch daraus erscheint, daß wir uns nicht daran lehnen, ob die höchsten Beamten, die wir in auswärtigen Ämtern anstellen, gerade dem einen oder dem anderen Bundesstaate angehören. Wir haben zu allen Reichsangehörigen, soweit sie nicht das Vertrauen durch politisches Verhalten verloren, wir haben namentlich zu allen Reichsregierungen ein unbegrenztes Vertrauen. Der Präsident des früheren bayerischen Staatsministeriums befindet sich in einer Stellung, in der ihm wahrscheinlich nichts geheim bleibt, was im Reichsdienst passirt. Der frühere medlenburgische Minister ist in der Stellung des Staatssekretärs ganz genau in derselben Lage. Diese Idee also, als ob, wenn ein heimlich sorgfältig präparirter Krieg oder sonst eine Absehung geplant wurde, dieser Ausschuss, wenn er berufen würde, dem auf die Sprünge kommen würde, ist ja ganz utopisch.

Wir haben in unseren auswärtigen Beziehungen recht reine Wäsche und nicht sehr viel zu verbergen, wie sie auch daraus erscheint, daß wir uns nicht daran lehnen, ob die höchsten Beamten, die wir in auswärtigen Ämtern anstellen, gerade dem einen oder dem anderen Bundesstaate angehören. Wir haben zu allen Reichsangehörigen, soweit sie nicht das Vertrauen durch politisches Verhalten verloren, wir haben namentlich zu allen Reichsregierungen ein unbegrenztes Vertrauen. Der Präsident des früheren bayerischen Staatsministeriums befindet sich in einer Stellung, in der ihm wahrscheinlich nichts geheim bleibt, was im Reichsdienst passirt. Der frühere medlenburgische Minister ist in der Stellung des Staatssekretärs ganz genau in derselben Lage. Diese Idee also, als ob, wenn ein heimlich sorgfältig präparirter Krieg oder sonst eine Absehung geplant wurde, dieser Ausschuss, wenn er berufen würde, dem auf die Sprünge kommen würde, ist ja ganz utopisch.

Wir haben in unseren auswärtigen Beziehungen recht reine Wäsche und nicht sehr viel zu verbergen, wie sie auch daraus erscheint, daß wir uns nicht daran lehnen, ob die höchsten Beamten, die wir in auswärtigen Ämtern anstellen, gerade dem einen oder dem anderen Bundesstaate angehören. Wir haben zu allen Reichsangehörigen, soweit sie nicht das Vertrauen durch politisches Verhalten verloren, wir haben namentlich zu allen Reichsregierungen ein unbegrenztes Vertrauen. Der Präsident des früheren bayerischen Staatsministeriums befindet sich in einer Stellung, in der ihm wahrscheinlich nichts geheim bleibt, was im Reichsdienst passirt. Der frühere medlenburgische Minister ist in der Stellung des Staatssekretärs ganz genau in derselben Lage. Diese Idee also, als ob, wenn ein heimlich sorgfältig präparirter Krieg oder sonst eine Absehung geplant wurde, dieser Ausschuss, wenn er berufen würde, dem auf die Sprünge kommen würde, ist ja ganz utopisch.

Wir haben in unseren auswärtigen Beziehungen recht reine Wäsche und nicht sehr viel zu verbergen, wie sie auch daraus erscheint, daß wir uns nicht daran lehnen, ob die höchsten Beamten, die wir in auswärtigen Ämtern anstellen, gerade dem einen oder dem anderen Bundesstaate angehören. Wir haben zu allen Reichsangehörigen, soweit sie nicht das Vertrauen durch politisches Verhalten verloren, wir haben namentlich zu allen Reichsregierungen ein unbegrenztes Vertrauen. Der Präsident des früheren bayerischen Staatsministeriums befindet sich in einer Stellung, in der ihm wahrscheinlich nichts geheim bleibt, was im Reichsdienst passirt. Der frühere medlenburgische Minister ist in der Stellung des Staatssekretärs ganz genau in derselben Lage. Diese Idee also, als ob, wenn ein heimlich sorgfältig präparirter Krieg oder sonst eine Absehung geplant wurde, dieser Ausschuss, wenn er berufen würde, dem auf die Sprünge kommen würde, ist ja ganz utopisch.

Wir haben in unseren auswärtigen Beziehungen recht reine Wäsche und nicht sehr viel zu verbergen, wie sie auch daraus erscheint, daß wir uns nicht daran lehnen, ob die höchsten Beamten, die wir in auswärtigen Ämtern anstellen, gerade dem einen oder dem anderen Bundesstaate angehören. Wir haben zu allen Reichsangehörigen, soweit sie nicht das Vertrauen durch politisches Verhalten verloren, wir haben namentlich zu allen Reichsregierungen ein unbegrenztes Vertrauen. Der Präsident des früheren bayerischen Staatsministeriums befindet sich in einer Stellung, in der ihm wahrscheinlich nichts geheim bleibt, was im Reichsdienst passirt. Der frühere medlenburgische Minister ist in der Stellung des Staatssekretärs ganz genau in derselben Lage. Diese Idee also, als ob, wenn ein heimlich sorgfältig präparirter Krieg oder sonst eine Absehung geplant wurde, dieser Ausschuss, wenn er berufen würde, dem auf die Sprünge kommen würde, ist ja ganz utopisch.

Wir haben in unseren auswärtigen Beziehungen recht reine Wäsche und nicht sehr viel zu verbergen, wie sie auch daraus erscheint, daß wir uns nicht daran lehnen, ob die höchsten Beamten, die wir in auswärtigen Ämtern anstellen, gerade dem einen oder dem anderen Bundesstaate angehören. Wir haben zu allen Reichsangehörigen, soweit sie nicht das Vertrauen durch politisches Verhalten verloren, wir haben namentlich zu allen Reichsregierungen ein unbegrenztes Vertrauen. Der Präsident des früheren bayerischen Staatsministeriums befindet sich in einer Stellung, in der ihm wahrscheinlich nichts geheim bleibt, was im Reichsdienst passirt. Der frühere medlenburgische Minister ist in der Stellung des Staatssekretärs ganz genau in derselben Lage. Diese Idee also, als ob, wenn ein heimlich sorgfältig präparirter Krieg oder sonst eine Absehung geplant wurde, dieser Ausschuss, wenn er berufen würde, dem auf die Sprünge kommen würde, ist ja ganz utopisch.

Wir haben in unseren auswärtigen Beziehungen recht reine Wäsche und nicht sehr viel zu verbergen, wie sie auch daraus erscheint, daß wir uns nicht daran lehnen, ob die höchsten Beamten, die wir in auswärtigen Ämtern anstellen, gerade dem einen oder dem anderen Bundesstaate angehören. Wir haben zu allen Reichsangehörigen, soweit sie nicht das Vertrauen durch politisches Verhalten verloren, wir haben namentlich zu allen Reichsregierungen ein unbegrenztes Vertrauen. Der Präsident des früheren bayerischen Staatsministeriums befindet sich in einer Stellung, in der ihm wahrscheinlich nichts geheim bleibt, was im Reichsdienst passirt. Der frühere medlenburgische Minister ist in der Stellung des Staatssekretärs ganz genau in derselben Lage. Diese Idee also, als ob, wenn ein heimlich sorgfältig präparirter Krieg oder sonst eine Absehung geplant wurde, dieser Ausschuss, wenn er berufen würde, dem auf die Sprünge kommen würde, ist ja ganz utopisch.

Wir haben in unseren auswärtigen Beziehungen recht reine Wäsche und nicht sehr viel zu verbergen, wie sie auch daraus erscheint, daß wir uns nicht daran lehnen, ob die höchsten Beamten, die wir in auswärtigen Ämtern anstellen, gerade dem einen oder dem anderen Bundesstaate angehören. Wir haben zu allen Reichsangehörigen, soweit sie nicht das Vertrauen durch politisches Verhalten verloren, wir haben namentlich zu allen Reichsregierungen ein unbegrenztes Vertrauen. Der Präsident des früheren bayerischen Staatsministeriums befindet sich in einer Stellung, in der ihm wahrscheinlich nichts geheim bleibt, was im Reichsdienst passirt. Der frühere medlenburgische Minister ist in der Stellung des Staatssekretärs ganz genau in derselben Lage. Diese Idee also,

Sache zu verbessern. Darauf hat er gesagt: "Bei uns ist es schon schlimm; es kann nicht schlimmer werden." Ich habe mich überzeugt gehalten, daß er diese Redensart irgendwo in Vereinen aufgeschnappt hatte. Und dann hat er mir gesagt: Sie haben meine Fraktion beleidigt. Ich fragte: Welches ist denn Ihre Fraktion? Darauf hat er mir vor Zeugen gesagt: Die Centrumsfraktion im Reichstag. Ja, meine Herren, verloren Sie den Mann, wie Sie wollen. Er hängt sich doch an Ihre Rechtschöfe!

Nach diesen Worten erhob sich ein Sturm des Beifalls, wie er in diesen Räumen noch nie erlebt worden ist, und der immer wieder von Neuem ausbrach, wenn er sich erschöpft zu haben schien. Niemals hat man im Reichstag eine ähnliche Scene gesehen, viele Mitglieder der liberalen Partei standen von ihren Sitzen auf, das Gesicht dem Centrum zugewendet, aus dem vereinzelten Ruf "Psui!" gebrochen wurden.

Präsident v. Forckenbeck rügt diesen Ruf als nicht parlamentarisch, worauf sich Fürst Bismarck leidenschaftlich, wie kaum jemals in den Zeiten des Conflicts, inmitten der allgemeinen Erregung noch einmal erhebt: Meine Herren, der Herr Präsident hat schon gerügt, was ich von dem Herrn Abgeordneten, der dort auf der zweiten Bank sitzt, rügen wollte, obwohl rügen nicht mein Beruf ist; aber ich wollte meine Meinung darüber äußern. "Psui" ist ein Ausdruck des Eels und der Verachtung. Glauben Sie nicht, meine Herren, daß mir diese Gefühle fernliegen, ich bin nur zu höflich, sie auszusprechen. (Lebhafte Beifall links.) Die Unruhe im Hause dauert fort, einzelne Abgeordnete weisen auf ein Mitglied des Centrums hin, das sich durch den beworbenen Ruf vornehmlich hervorgehoben hat. Endlich gelingt es dem Präsidenten, die Ruhe herzustellen.)

Abg. Windhorst: Der Reichskanzler hat die Frage des Abg. Jörg angeblich nicht verstanden, aber doch beantwortet, nur zweifle ich, ob eine solche Antwort bei dem Ernst der Dinge zu erwarten war. Der diplomatische Ausschuß war während des ganzen Jahres nicht verammt, diese Thatjache kann doch nicht deshalb vorgetragen sein, um Mißstimmung in Bayern zu erregen. Solche Behauptungen aufzustellen, ist jetzt die übliche Methode bei dem Meister und seinen Gehilfen, und sie soll mich in Zukunft nicht abhalten, zu rügen, was nicht in Ordnung ist. Die Erörterung, welche hier an einzelne Vorhänge geknüpft werden, will ich jetzt nicht weiter verfolgen, dazu wird sich wohl noch eine andere Gelegenheit finden. Ich will hier nur aussprechen, daß die Methode des kalten Wasserstrahls und die Behandlung der spanischen Dinge auf nichts anderes als eine Intervention hinaus kommt, zunächst auf eine moralische, und falls diese mißglückt, auf eine materielle. Die leitende Idee der Politik des Reichskanzlers ist, überall gegenüber dem römischen Stuhl Verbindungen und Gehilfen zu finden, die einmal nützlich werden können. Ich glaube, der diplomatische Ausschuß hatte alle Veranlassung, aufmerksam dem Gange der Dinge zu folgen, denn ich bin der Meinung, daß wir auf dem betreuten Wege unverstehlich in einen Krieg hineinsteuern. (Große Unruhe.)

Ich bringe nun einen Vorgang zur Sprache, bei dessen Verlührung ich von dem Reichskanzler wohl mehr Rücksicht erwartet hätte. Es ist dies der Fall des ungünstlichen Kullmann. (Ruf links: Ungünstig?) Ja, jeder Verbrecher ist in meinen Augen ein Ungünstiger. Jedes menschliche Gefühl, jedes deutsche Herz muß die That verdammten, denn sie ist ein Schandfleck für ganz Deutschland. Wenn in den schweren Kämpfen, die uns bewegen, mit solchen Waffen gefochten wird, so sage ich, ist genug des Unglücks über Deutschland gekommen; aber die That in Verbindung mit bestimmten Parteien und Persönlichkeiten zu bringen, das geht entschieden zu weit. Dazu wurde aber sofort in Kissingen vom Altar herab die Parole gegeben, und die östlichen Zeitungen haben den Wink verstanden und das Wort laut ausgesprochen. Kullmanns That war schändlich, schändlich aber auch das Verfahren der offiziellen Presse, und die Minister des Innern und der Justiz sind gegen diese Auszeichnungen nicht nur nicht eingegangen, sondern sie haben im Gegenteil sofort jene berüchtigten Rundschreiben erlassen, die zu erörtern sich im Abgeordnetenhaus noch Gelegenheit finden wird. Was der Reichskanzler über seine Unterredung mit Kullmann referiert hat, ist mir höchst interessant. Ich wußte bisher nicht, daß es Prozeßrecht in Bayern ist, daß der Verleger das Verhör mit dem Verhafteten vornimmt, ich glaubte, das wäre Sache des Unterurkundschreibers. Die Antworten, welche Kullmann damals erhielt hat, hören wir heute zum ersten Male. Wenn sie aber wirklich so gelautet haben, was folgt daraus? Der verstorbene Malindrodi erhielt einmal nach einer Diskussion im Abgeordnetenhaus aus Leipzig einen Strich geschildert; ich selbst habe während meiner parlamentarischen Tätigkeit aus den verschiedensten Orten, selbst aus Petersburg, Drohbriefe erhalten.

Wir haben nicht geglaubt, daß unseren politischen Gegnern impunitum zu sollen. Die Geschichte kennt ähnliche Thaten wie die Kullmann'sche, und die Sand's und Blind's sind auch nicht den politischen Parteien, denen sie angehört haben, impuniti worden; der Reichskanzler aber hat kein Bedenken gehabt, auf einen verstorbenen Mann, den Pfarrer von Salzwedel, einen Schatten zu werfen; und dabei ist seine Aussage nur brüderlichweise bei der Verhandlung in Würzburg verlesen worden. Ich denke, bei näherer Ueberlegung hätte der Reichskanzler eingesehen, daß er Unrecht hatte, den Mann, der sich nicht vertheidigen kann, zu beschuldigen. (Ruf: durchaus nicht!) Ich wünschte, da Herr, der mir das zurück, läme einmal in die Lage, unvertheidigt verurteilt zu werden. (Ruf: Nach dem Tode!) Auch nach dem Tode ist mir ein guter Mann heilig, und ich hoffe, daß es dann an Vertheidigern derselben nicht fehlen wird. (Beifall im Centrum.) Ich beklage es aufrichtig, daß dieser Gegenstand hier überhaupt berührt worden ist. (Sehr wahr! links.) Der erste Redner ist gar nicht darauf eingegangen. (Widerspruch.) Er hatte ihn nur als den Zeitpunkt bezeichnet, mit welchem die Action gegen Spanien begann. Erst der Reichskanzler hat ihn hineingezogen in die Debatte; ich will ihm das nachleben. (Unruhe links.) Ja, m. h., da Niemand hier im Hause die Disciplin über Neuheiten des Reichskanzlers hat . . .

Präsident v. Forckenbeck: Der Präsident ist dazu da, in jeder Beziehung die Würde der Verhandlungen zu wahren und wird dies jedem in diesem Saal gegenüber thun, wenn er Veranlassung dazu findet. Der Redner kann sich also die Erörterung über das Verfahren des Reichskanzlers sparen. (Beifall links.)

Abg. Windhorst (fortfahrend): Der frühere Präsident hat eine andere Ansicht von dem Umfange seiner Disciplin . . .

Präsident v. Forckenbeck: Ich kann nicht dulden, daß das Verfahren des früheren Präsidenten hier einer Kritik unterworfen wird. (Beifall links.)

Abg. Windhorst (fortfahrend): Ich sehe also daß dem Reichskanzler nach, und nehme an, daß die Erinnerung an die Vorgänge und die erregte Debatte ihn hingerissen haben, denkt aber, wir thun am besten, diesen Gegenstand jetzt zu verlassen. (Sehr wahr! links.) um in Ruhe und Frieden unsere Berathungen fortzuführen.

Fürst Bismarck: So gerne ich mich dem Wunsche fügen möchte, diesen Gegenstand zu verlassen, so ist es doch sehr schwierig, das letzte Wort einer ungerechten Kritik gegenüber Herrn Windhorst zu lassen, ohne daß ich auch nur eine Silbe der Verichtigung anführen darf. Der Vorredner hat mich beschuldigt, ich hätte in Kissingen vom Altane eine "Parole" für die offizielle Presse ausgegeben. Wenn der Herr Redner abwarten will, bis auch er einige Male angefochten wird, wie das mir passirt ist, so wird er vielleicht in dem Augenblide auch nicht zuerst daran denken, eine Parole für offizielle Zeitungen auszugeben, so nahe ihm die Beschäftigung auch sonst liegen mag. Ich habe damals — die Worte sind oft genug wiederholt worden, um mir im Gedächtnis zu bleiben — gesagt: die That galt nicht meiner Person, sondern der Sache, die ich vertrete. War ich aber dazu nicht berechtigt, wenn mir drei Stunden vorher der Thater dies ausdrücklich selbst sagte? Er sagte, er habe meine Person gar nicht gekannt, auch gar keine Abneigung gehabt, sondern siehe nur der Sache gegenüber, die ich vertrete, der selbe Thater, dessen ganze Papiere in einem aufreisenden Gedichte aus den Eichsfelder Blättern bestanden — ich will den Gegenstand des Gedichts hier nicht nennen, welches aber nur der Sache galt — durfte ich nicht sagen, was wahr ist, dann hatte ich überhaupt zu schweigen; der Herr Vorredner hat eben über die Vorgänge kein Urtheil. Er wußt mir vor, daß ich in Kissingen, wo ich in der Kur war, nicht temperirend auf den Ton der offiziellen Presse eingewirkt habe. Ich möchte dagegen den Herrn Vorredner fragen, ob er, der so viel ich weiß gefunden war um die Zeit, vielleicht temperirend auf den Ton der ultramontanen Blätter von der "Germania" bis zum Bairischen Waterland eingewirkt hat, die sich von Hause aus damit beschäftigten, die That zu entschuldigen? Und die "Germania" gab die Parole zuerst, die der Vorredner vorher zu meinem Erstaunen in seiner Rede mit einem leisen Anklage reproduzierte. Die "Germania" sagte, es ist ja nicht zu verwundern, wenn solche Thaten der Minister Leute zur Verweisung, zum Verbrechen bringen.

Der Vorredner — und ich nehme davon Act und werde es nicht so bald vergessen — sagte heute ausdrücklich: wenn es vorkommt, daß in der Auseinandersetzung der religiösen Kämpfe solche Verbrechen begangen werden, so mögen es diejenigen sich selbst zuschreiben, die an dieser Auseinandersetzung schuld sind. Er wiederholte also den Gedanken der "Germania": eigentlich war Kullmann entschuldbar und der Reichskanzler selbst daran schuld, daß Kullmann auf ihn einschlug — so drückte ich es mir in Deutsch aus. Ich bitte den Vorredner den stenographischen Bericht seiner Rede nachzusehen, mit seiner Logik wird es ihm vielleicht gelingen, diesen blässer zu verweichen, aber ich berufe mich auf

die stenographischen Berichte, daß er dasselbe gesagt hat. Hat irgend jemand temporirend auf die ultramontane Presse in Bayern oder hier eingewirkt? Hat man nicht dies Attentat zu frivolen Entstellungen benutzt, die ich noch jetzt durch eine große Anzahl von Preßprozessen an das Licht zu ziehen suchte, nicht etwa, weil ich durch ein Gefühl der Rache und Empfindlichkeit dabei geleitet werde, sondern nur durch das Rechtsgefühl, weil ich will, daß die Schändlichkeiten, die sonst auf einen engeren Leserkreis beschränkt bleiben, indem sie keine Widerlegung und Berichtigung finden, vor ein größeres Forum gezogen werden, damit ehrliche Leute sehen, was man heute einem betörten Kreis zu bieten wagt. Darum bringe ich diese Verdächtigungen vor das Licht. Daß die Presse an dem Attentat unschuldig wäre, kann man sicher nicht sagen. Wenn ich nur die Hälfte der Schändlichkeiten, die von mir in Ultramont. Blättern gedruckt werden, von irgend einem Menschen glauben, ich würde selbst nicht, was ich. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Abg. Lässer: Wenn ich in auswärtigen Angelegenheiten die Herren drüber sich rüsten sehe, um auf die Tribüne zu steigen und den Herrn Reichskanzler anzugreifen, bin ich in der Regel sehr ruhig und humoristisch gestimmt. Ich denke mir, daß diese Angriffe die richtige Abschaltung finden und ich nehme die Dinge gar nicht ernst. Heute aber hat die Verhandlung und der Lauf der Discussion schon mehrere Male ernste Seiten angenommen, von denen ich nur zwei hervorheben will. Die eine ist, daß ein Redner verstanden hat, mit einer gewissen Absichtlichkeit und in einer vorbedachten Rede das Attentat des Kullmann mit in die Discussion hineinzuziehen, ohne daß er auch bewogen gefühlt hätte, über diese Handlung ein Urteil zu fällen, wie es wenigstens der Abg. Windhorst gethan hat. Hätte er wenigstens die Einführung dieses Attentates mit solchen Worten begleitet, so wären nicht allein die Gefühle der großen Mehrheit dieses Hauses nicht in so empörender Weise beleidigt worden, wie dies tatsächlich geschehen ist. (Sehr richtig! Beifall.) Wir sind gewiß nicht gesonnen, in öffentlicher Discussion des Reichstages den unmittelbaren Zusammenhang des Attentates mit dem, was doch nicht deshalb vorgetragen sein, um Mißstimmung in Bayern zu erregen. Solche Behauptungen aufzustellen, ist jetzt die übliche Methode bei dem Meister und seinen Gehilfen, und sie soll mich in Zukunft nicht abhalten, zu rügen, was nicht in Ordnung ist. Die Erörterung, welche hier an einzelne Vorhänge geknüpft werden, will ich jetzt nicht weiter verfolgen, dazu wird sich wohl noch eine andere Gelegenheit finden. Ich will hier nur aussprechen, daß die Methode des kalten Wasserstrahls und die Behandlung der spanischen Dinge auf nichts anderes als eine Intervention hinaus kommt, zunächst auf eine moralische, und falls diese mißglückt, auf eine materielle. Die leitende Idee der Politik des Reichskanzlers ist, überall gegenüber dem römischen Stuhl Verbindungen und Gehilfen zu finden, die einmal nützlich werden können. Ich glaube, der diplomatische Ausschuß hatte alle Veranlassung, aufmerksam dem Gange der Dinge zu folgen, denn ich bin der Meinung, daß wir auf dem betreuten Wege unverstehlich in einen Krieg hineinsteuern. (Große Unruhe.)

Meine Herren, dieses Manöver will ich vor ganz Deutschland brandmarken. (Sehr richtig! Bravo!) daß sich deutsche Vertreter finden, die nicht etwa glauben, mit heimlichen Intrigen den Herrn Reichskanzler erschüttern zu können, indem sie ihn als einen solchen Mann darstellen, der friedlichen Nationen gegenüber mit allen Mitteln den Krieg herbeiführen will. Solche Intrigen würde ich ihnen gern überlassen, ohne auch nur ein Wort des Todes auszusprechen, denn sie scheinen mir viel zu niedrig zu stehen für das, was in Deutschland vorgeht: aber in öffentlicher Versammlung dies über die Regierungen Deutschlands auszusagen, das ganze Ausland auf diese Weise gegen Deutschland zu sehen, das ist eines Vertreters unwürdig. (Bravo! Unruhe!) Und, meine Herren, ich will diese Politik kennzeichnen, damit fortan alle Angriffe dieser Herren vor Deutschland als das erscheinen, was sie sind, und nicht etwa als das, worfür sie sich ansiegen — als Verbrecher gegen das Vaterland! (Stürmischer Beifall! Unruhe im Centrum.)

Präsident v. Forckenbeck: Im Interesse der parlamentarischen Ordnung muß ich den Ausdruck, welchen der Abg. Dr. Lässer am Schlüsse seiner Rede gebraucht hat, als der parlamentarischen Ordnung nicht entsprechend rügten und den Herrn Abg. Dr. Lässer zur Ordnung rufen. (Bravo! im Centrum, während zahlreiche Freunde an den Abg. Lässer herantreten und ihn beglückwünschen.)

Abgeordneter Dr. Windhorst: Der Herr Reichskanzler sagte, er habe von der Altane in Kissingen herab keine Parole für die offizielle Presse ausgegeben, sondern unter dem Eindruck der mit Kullmann gehabten Unterredung gesprochen. Daß er vorher aber die Unterredung mit Kullmann gehabt war mir ganz neu. Ich gebe auch zu, daß der Augenblick nicht geeignet war, die Worte zu wählen, glaube aber, daß in solchen erregten Momenten manchmal die Gedanken am klarsten zum Ausdruck kommen. Was meine Beziehungen zur Presse betrifft, so erkläre ich, daß dieselbe von mir gänzlich unabhängig ist und ich nur manchmal Gelegenheit habe, mir dem Redakteur der "Germania" zu sprechen. Uebrigens nehm ich von dem, was ich geagt habe, nichts zurück und wiederhole: politisch und kirchlich aufgeregte Zeiten können Menschen zu verbrecherischen Handlungen hinreichen. Wir sind es nicht, die den Anlaß zu dem Attentat gegeben haben. Was die Bemerkungen des Abg. Lässer betrifft, so meine ich, daß wir Abgeordneten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, es zu rügen, wenn die auswärtigen Angelegenheiten in einem Sinne geführt werden, daß deshalb ein Krieg entstehen kann, denn das Land hat ein Interesse, daß kein Krieg sei. Von einem Kriege mit Frankreich habe ich nicht gesprochen. Aber ich fürchte, daß die Art und Weise, wie wir uns überall einmischen, geeignet ist, Coalitionen gegen uns herbeizuführen. Ich wünsche für mein Vaterland Frieden und Gedeihen, und wenn wir dafür nicht wirken sollen, so zeigt dies, daß wir uns noch in den Anfängen aller parlamentarischen Verhandlungen befinden. Ich erinnere nur an das energische Auftreten des Herrn Thiers vor Ausbruch des Krieges? Finden Sie dasselbe etwa unpatriotisch? Zu welchem Zwecke berathen wir denn überhaupt den Staat für das auswärtige Amt? (Beifall im Centrum.)

Abg. Lässer: Ich will nur psychologisch die Kampfweise aufdecken, die von dort (Centrum) gegen uns geführt wird. Ich habe es nicht getadelt, daß die auswärtige Politik kritisiert wird, sondern nur die Art und Weise gerügt, in welcher man die Regierung verdächtigt, daß sie auf den Krieg hinarbeitet. Wenn je ein Mensch wegen einer solchen Handlung patriotisch genannt worden ist, so war der Ausdruck "Patriotsmus" sehr am unrechten Ort. Die Vergleichung Ihres Auftrittes (zum Centrum) mit dem des Herrn Thiers vor Ausbruch des Krieges war ebenfalls unzutreffend. Ich sehe in der Vertheidigung, welche Herr Windhorst jetzt geführt bat, nur die widerbolt angewendete Methode, daß, wenn ihm einmal ein Vorwurf gemacht worden ist, der auf geradem Wege nicht mehr abgewiesen werden kann, dann seitwärts etwas was der Gegner gesagt haben soll, behauptet und diese Behauptung dann widerlegt wird. Ich behaupte nochmals, nie wird es für eine patriotische Handlung gehalten werden, ohne bestimmte Thatsachen zu bezeichnen und zu kritisieren, allgemein die Meinung hervorzurufen, daß die deutsche Regierung einen Krieg herbeizuführen wünsche. Ich werde es mir stets zur Aufgabe machen, die nicht immer sehr gerade gehenden Wege, wie der Kampf von dort (Centrum) geführt wird, so gut als möglich ans Tageslicht zu ziehen.

Abg. Dr. Beseler: Ich habe nur darum das Wort ergriffen, weil ich das Gefühl hatte, daß die Debatte im Hause anlässlich des Küssinger Attentats nicht ausgehen dürfe mit der Replik des Abg. Windhorst, dessen Urteil mir hier kein unbefangenes zu sein scheint. Ich habe die Sache ganz unbefangen gehört und gelesen und ich constate: die öffentliche Meinung in Deutschland hat über Kullmann und seine That gerichtet. Niemand war der Ansicht, daß eine unmittelbare Einwirkung auf diesen Verbrecher geübt worden sei, aber die öffentliche Meinung ist darüber einig, daß das Attentat hervorgerufen sei durch die Wühlerie derjenigen, welche auf Kullmann Einfluß hatten. Die Unparteilichkeit der Gerichte ist von Männern wohl darum angezeifelt worden, weil die Verhandlungen für sie nicht den gewünschten Ausgang gebracht haben. In den Verhandlungen hat es sich aber gezeigt, wie bedeutend der Einfluß des verstorbenen Pfarrers Störmann auf Kullmann gewesen ist. (Widerspruch im Centrum, Zustimmung rechts und links.) Lesen Sie die Berichte, und wenn Sie dann sagen, daß Störmann keinen Einfluß auf Kullmann geübt habe, so geben Sie falsches Zeugnis. Der Herr Reichskanzler aber möge sich durch die Worte, welche von gegenseitiger Seite hier gefallen sind, nicht beirren lassen, seinen Weg weiter zu verfolgen; die öffentliche Meinung ist ihm dafür Bürge, daß das Attentat nur gewirkt hat zur höheren Ehre des deutschen Reiches und des deutschen Reichskanzlers. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Beseler: Ich habe nur darum das Wort ergriffen, weil ich das Gefühl hatte, daß die Debatte im Hause anlässlich des Küssinger Attentats nicht ausgehen dürfe mit der Replik des Abg. Windhorst, dessen Urteil mir hier kein unbefangenes zu sein scheint. Ich habe die Sache ganz unbefangen gehört und gelesen und ich constate: die öffentliche Meinung in Deutschland hat über Kullmann und seine That gerichtet. Niemand war der Ansicht, daß eine unmittelbare Einwirkung auf diesen Verbrecher geübt worden sei, aber die öffentliche Meinung ist darüber einig, daß das Attentat hervorgerufen sei durch die Wühlerie derjenigen, welche auf Kullmann Einfluß hatten. Die Unparteilichkeit der Gerichte ist von Männern wohl darum angezeifelt worden, weil die Verhandlungen für sie nicht den gewünschten Ausgang gebracht haben. In den Verhandlungen hat es sich aber gezeigt, wie bedeutend der Einfluß des verstorbenen Pfarrers Störmann auf Kullmann gewesen ist. (Widerspruch im Centrum, Zustimmung rechts und links.) Lesen Sie die Berichte, und wenn Sie dann sagen, daß Störmann keinen Einfluß auf Kullmann geübt habe, so geben Sie falsches Zeugnis. Der Herr Reichskanzler aber möge sich durch die Worte, welche von gegenseitiger Seite hier gefallen sind, nicht beirren lassen, seinen Weg weiter zu verfolgen; die öffentliche Meinung ist ihm dafür Bürge, daß das Attentat nur gewirkt hat zur höheren Ehre des deutschen Reiches und des deutschen Reichskanzlers. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Beseler: Ich habe nur darum das Wort ergriffen, weil ich das Gefühl hatte, daß die Debatte im Hause anlässlich des Küssinger Attentats nicht ausgehen dürfe mit der Replik des Abg. Windhorst, dessen Urteil mir hier kein unbefangenes zu sein scheint. Ich habe die Sache ganz unbefangen gehört und gelesen und ich constate: die öffentliche Meinung in Deutschland hat über Kullmann und seine That gerichtet. Niemand war der Ansicht, daß eine unmittelbare Einwirkung auf diesen Verbrecher geübt worden sei, aber die öffentliche Meinung ist darüber einig, daß das Attentat hervorgerufen sei durch die Wühlerie derjenigen, welche auf Kullmann Einfluß hatten. Die Unparteilichkeit der Gerichte ist von Männern wohl darum angezeifelt worden, weil die Verhandlungen für sie nicht den gewünschten Ausgang gebracht haben. In den Verhandlungen hat es sich aber gezeigt, wie bedeutend der Einfluß des verstorbenen Pfarrers Störmann auf Kullmann gewesen ist. (Widerspruch im Centrum, Zustimmung rechts und links.) Lesen Sie die Berichte, und wenn Sie dann sagen, daß Störmann keinen Einfluß auf Kullmann geübt habe, so geben Sie falsches Zeugnis. Der Herr Reichskanzler aber möge sich durch die Worte, welche von gegenseitiger Seite hier gefallen sind, nicht beirren lassen, seinen Weg weiter zu verfolgen; die öffentliche Meinung ist ihm dafür Bürge, daß das Attentat nur gewirkt hat zur höheren Ehre des deutschen Reiches und des deutschen Reichskanzlers. (Lebhafte Beifall.)

Leben, daß einem Abgeordneten von einem anderen Abgeordneten ein Ordungstraf zu Theil wird, nachdem der Präsident bereits gesprochen hat.

Abg. Jörg: Wenn ein Abgeordneter seinen Kollegen gegenüber in einer solchen Weise auftritt, wie der Abg. Lässer, so kann ein solches Benehmen nur von einem ausgehen, der das deutsche Reich mitregiert. Das Küssinger Attentat habe ich übrigens ausdrücklich als die Frevelthet eines halbverrückten Menschen bezeichnet.

Zu Tit. 1 des Spezialakts für deutschen Reichstag (Besoldungen) plädiert Abg. Reimer für Gehaltserhöhungen des Dienstpersonals im Reichstag.

Zu Tit. 12 (Unterhaltung der Gebäude) stellt Abg. Dr. Frühauf folgenden Antrag:

"Der Reichstag wolle beschließen: Das Bureau des Reichstages wird erlaubt, die akustischen Missstände des Saales mit Sachverständigen zur wöchentlichen Abhilfe einer Unterfunktion zu unterwerfen."

Derselbe wird jedoch, nachdem sich Abg. v. Stauffenberg in Erwagung der tatsächlichen Verhältnisse gegen denselben erklärt hatte, abgelehnt.

Zu Tit. 13 (Entschädigung der Privat-Eisenbahnen für die Billigfahrten der freien Fahrt etc. an die Reichstagsabgeordneten) führt Abg. v. Schulte Beschwerde über die Weiterungen, welche von verschiedenen Staatsbahnen bezüglich der Fahrtarten gemacht werden.

Zu Tit. 1 des Special-Stats für das Reichs-Ober-Handelsgericht (Befreiungen) beantragt Abg. Römer einen neuen Posten, nämlich 7500 Mark Wohnungsgeldzuschuß für den Ober-Staatsanwalt, aufzunehmen. Dieser Antrag wird jedoch, nachdem sich Abg. Wölffel gegen denselben erklärt hatte, abgelehnt.

Der Staat des Reichs-Ober-Handelsgerichts wird im Übrigen genehmigt und die Sitzung hierauf um 4 Uhr vertagt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung der Stats-Berathung.)

Berlin, 4. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Obersten z. D. v. Maissenbach, bisher Präses einer Remonté-Aufbaurettir-Kommission, den Roten Adler-Orden

National-Hypothen-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit in Stettin. Dem Minister des Innern verblieb dagegen: 1) Das Berliner Pfandbrief-Institut; 2) der Danziger Hypotheken-Verein, die mit der Landwirtschaft nichts gemein haben. — In Folge eines Beschlusses der Plenar-Versammlung des Vaterländischen Frauen-Vereins in Berlin war den sämtlichen Deutschen Frauen-Vereinen der Wunsch ausgedrückt worden, einen gemeinsamen Verbandtag abzuhalten, welchem eine Einladung zu einem solchen nach Frankfurt a. M. beigelegt war. Als Berathungs-Gegenstände wurden in Vorschlag gebracht: 1) Die Stellung des Vorstandes der deutschen Frauen-Vereine zu dem Verbande der deutschen freiwilligen Pflege-Vereine, beziehungsweise dem deutschen Central-Comitee der letzteren. 2) Welche Mittel und Wege empfehlen sich, um eine lebendige Verbindung einerseits zwischen den Landes-Vereinen, andererseits zwischen den Haupt- und den Zweig-Vereinen der einzelnen Länder herzustellen? 3) Begründung einer deutschen Frauenvereins-Statistik. Auf welche Punkte hat sich dieselbe zu erstrecken und wie ist sie zu organisieren? 4) Planmäßige Ausbildung der Krankenpflegerinnen und ihre genossenschaftliche Stellung. 5) Über die Gewinnung weiblicher Kräfte für die Krankenpflege. 6) Soll die statutenmäßige Kompetenz des deutschen Frauenverbandes erweitert werden und wohin soll, bejahenden Fällen, die Erweiterung sich erstrecken? — Von Seiten des Vorstandes des unter dem Namen „Invalidendienst“ bestehenden Vereins zur Förderung der Erwerbsfähigkeit deutscher Invaliden zu Berlin ist der zweite Rechenschaftsbericht aufgestellt worden, welcher sich auf den Zeitraum vom Frühjahr 1873 bis eben dahin 1874 bezieht. In dieser Zeit hat der Verein 528 Invaliden, unter welchen sich 11 Offiziere befanden, Anstellung verschafft. Die Annonsen-Expedition hatte 3698 Aufträge im Betrage von 77,568 Thlr. Die Verlagsbuchhandlung verkaufte 4400 Bücher und brachte einen Reinigewinn von 244 Thlr. Durch den Verkauf von Loden für den Kölner Dombau und zum Besten eines deutschen Kranken-Personals in Marienbad wurden 183 Thlr. verdient. Im December v. J. wurde ein Theaterbillett-Verkauf eröffnet, welcher bis zum 31. März bei einem Absatz von 12,886 Billets einen Reinigewinn von 92 Thlr. brachte. Seit kurzem hat der Verein auch eine Agentur der Möbel-Transport-Acien-Gesellschaft übernommen. Seine Ausgaben beliefen sich auf 6999 Thlr. An Unterstützungen wurden 166 Thlr. verausgabt.

[In Bezug auf die Angelegenheit des jungen Herrn von Arnim] geht dem „Berl. Tageblatt“ von competenter Seite eine Mittheilung zu, welche die bereits gemeldete Thatache zwar bestätigt, aber der Sache ein neues interessantes Moment hinzufügt. Darnach wurde sein Vater, der vielgenannte Graf Harry von Arnim, während des Krieges im Jahre 1870, auf sein eigenes, dringendes Ansuchen, nicht seiner Verdienste wegen in den Grafenstand erhoben, unter dem ausdrücklichen Vermerk, daß er die üblichen Gebühren (die u. a. den nach dem Kriege geadelten Offizieren erlassen waren) zu zahlen und denselben Grundbesitz namhaft zu machen habe, an den, entsprechend den seit König Friedrich Wilhelm IV. eingeführten Grundsätzen, die Grafenwürde für seine Person und nach seinem Tode für seinen ältesten Sohn und Haupterben gebunden sein sollte. Graf Arnim hat beide Bedingungen nie erfüllt. Trotz zahlreicher Mahnungen hat er weder Sukzess noch Nachenheide, oder ein anderes Gut als dasjenige bezeichnet, dessen Besitz dem neuen Grafentitel in seinem Hause als Folie zu dienen hätte. Demzufolge hat auch Graf Arnim Vater weder bis heute ein Diplom ausgestellt erhalten, noch ist seine Ernennung zum Grafen überhaupt amtlich publicirt worden. — Nach den oben angeführten Grundsätzen, die seit der Regierung des vorigen Königs bei Standeserhebungen gelten und von denen nur in wenigen, ganz bestimmten Fällen eine Ausnahme gemacht worden ist, hat sein Sohn erst nach dem Tode seines Vaters ein Urrecht, eventuell den Grafentitel zu führen. Derselbe wurde ihm allerdings nach gewöhnlicher Sitte nicht allein von Privatpersonen gegeben, sondern hat sich auch in mehrere, ihm inzwischen ertheilte Patente eingeschlichen, was aber, laut ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung, keine rechtverbindliche Kraft hat. Lange, ehe an den neuzeitlichen Konflikt des Grafen Harry von Arnim mit den obersten Reichsbehörden zu denken war, bereits im Sommer dieses Jahres wurde Seiner Majestät die Frage zur Entscheidung vorgelegt, ob bei der steten Weigerung des neuen Grafen, die vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen, eine Ausnahme von der Regel gemacht werden solle. Die Kaiserliche Entscheidung aber hat dies verneint. Es ist daher ein bloßer Zufall, wenn im gewöhnlichen Geschäftsgange das Verbot des Grafentitels für den Sohn mit der Untersuchung wider seinen Vater zusammengefallen ist.

Kiel, 1. December. [Das Apenrader Polizeiamt], schreibt „Dannevirke“, stellte am 26. November dem Vorstand des dänischen „Frederiksclub“ eine Verfügung zu, worin ihm „in Folge höherer Obrigkeit“ anlässlich des zum Abend selbigen Tags veranstalteten Balls aufgetragen wurde, zu der übrigen Ausschmückung des Ballsaals auch die „Landesfarben“ hinzuzufügen, andernfalls würde das Ballfest politisch verboten. Auf einer in Eile berufenen Versammlung der Directionsmitglieder beschloß man nun allen und jeden Schmuck aus dem Ballsaal zu entfernen, übrigens aber gegen die Berechtigung und den Inhalt der Polizeiverfügung zu protestieren. Dieser Beschluß ward darauf dem Polizeidienner, welcher Abends um 7 Uhr im Ballsaal erschien, mitgetheilt.

Köln, 3. Decbr. [Erklärung.] Die „Köln. Volks-Ztg.“ erhält folgende Zuschrift:

Berehrtester Herr Redakteur!

Aus ihrer gütigen Mittheilung ersehe ich, daß die in Wien erscheinende „Neue Freie Presse“ sich veranlaßt gefunden hat, sich mit meiner Person und meinen kürzlich erfolgten Ausscheiden aus dem Staatsdienste in eben so unrichtiger, als unberufener Weise zu beschäftigen. Die mit meiner Eigenschaft als Mitglied der Centrums-Fraktion in Verbindung gebrachte, in dem betreffenden Artikel enthaltene Angabe, daß ich „angestandenermaßen“ mein Amt deshalb quittiert habe, weil nach der Entscheidung des Apostolischen Stuhles ein katholischer Beamter zur Ausführung der Mai-gefeie nicht mitwirken dürfe, ist eine willkürlich erfundene. Ich habe meine Fortführung meines Richteramtes nicht gestattet und aus diesem Grunde ist von meinen Vorgesetzten, in eben so gerechter als wohlwollender Weise, meiner Bitte willfahrt worden. Ob ich, als zur römisch-katholischen Kirche treu mich bekennender Christ, in der Lage gewesen wäre, in strafrechtlichen, auf Grund der sogen. Maigesche gegen die Würdenträger und Priester meiner Kirche gerichteten Proceduren als Richter mitzuwirken — ist eine Frage, auf deren Gebiet dem schlecht unterrichteten Blatte zu folgen ich um so weniger Veranlassung habe, als glücklich Weise bei Wahrnehmung meiner bisherigen amtlichen Functionen ich nicht in die Lage gekommen bin (solches auch nicht für die nächste Zukunft bevorstand), zwischen dem Ausschluß aus dem Staatsdienste oder der Verlehung meines katholischen Gewissens eine nicht zweifelhafte aber immerhin schmerzhafte Wahl treffen zu müssen. Berlin, den 2. December 1874.

Appellationsgerichts-Rath a. D., Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses.

Aus Hessen, 2. Dec. [Die Vorgänge in Dreihäusen.] Die abgesetzten Ortsvorstände in den drei zu dem oberhessischen Kirchspielen Dreihäusen gehörigen Dörfern haben sich gegen die Regierungsmaßregel beschwert und vorgestellt, daß sie glaubten, ihre Schuldigkeit

gehan zu haben. Wir wollen vor dem Factum der Amtsentfernung abssehen und nur auf die Stellung hinweisen, welche die drei Dorfpräfeten während der Excess der fanatischen Bauern unter Scheidler's Fahne eingenommen haben. Nicht nur, daß sie den in der Minderzahl befindlichen und von der tobenden Menge angegriffenen vernünftigen Ortsbewohnern keinen Schutz angedeihen ließen, — sie haben gradezu Stellung für die Excedenten genommen und so diejenen die „religiöse Arbeit“ wesentlich erleichtert. Bemerkt sei, daß der junge Bürgermeister von Dreihäusen durchaus nicht zu der Bismarck'schen Sekte gehören mag; aber das von ihm bewohnte Gut ist Eigentum eines Flüsters, und diese kennen bekanntlich keine Nachsicht, wenn es sich darum handelt, einen Reizer zu strafen.

München, 4. December. [Dr. Sigl] hat, wie das heutige „Vaterland“ meldet, von dem ihm zustehenden Rechte der Einsprache gegen das Contumacialerkenntnis vom 30. v. M. durch welches er wegen verleumderischer Bekleidung des Fürsten Bismarck zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten verurtheilt wird, Gebrauch gemacht. Die Angelegenheit wird somit nochmals zur Aburtheilung vor das Schwurgericht kommen. — In einem der hiesigen Handelskammer zugegangenen Circular-Erlaß empfiehlt der Minister des Innern sämtlichen Handelskammern die Benutzung des Central-Handelsregisters für das deutsche Reich.

Aus Baden, 1. Decbr. [Ein Urtheil des Verwaltungs-Gerichtshofes] hat neuerdings bestätigt, daß jeder badische Israelite sich von den zum Theil sehr hohen Cultusbeiträgen der einzelnen Gemeinden dadurch befreien kann, daß er seinen Austritt aus der Judenschaft des Landes erklärt. Nur die jüdische Kirche hat auf Grund von Vorschriften, die auch der Verwaltungs-Gerichtshof für gütig anerkennt, ein Steuerrecht. Auch ist der Gerichtshof bei seiner Anerkennung von der Anerkennung vollster Gewissensfreiheit geleitet. Indessen hält es die „B. L.“ doch für eigenhümlich, daß ein badischer Israelite, der seinen Wohnsitz in Baden hat und behält, eine lediglich formelle Erklärung soll abgeben können des Inhalts: „Ich erkläre hiermit, daß ich nicht mehr badischer Israelite bin“ und daß ihn diese Erklärung von wichtigen pecuniären Pflichten befreit. Das genannte Blatt vertritt die Ansicht, es könne ein badischer Staatsangehöriger nur, wenn er überhaupt aufhören, Israelite zu sein, auch aufhören, badischer Israelite zu sein.

4. Straßburg, 2. December. [Anleihe des Bezirks Lothringen.] — Denkmal für Professor Bruch. — Die elsässischen Briefe der „Augsburger Allg. Ztg.“] Neben der bekannten größeren Anleihe für allgemeine elsässisch-lothringische Landes-zwecke wird auch der Bezirk Lothringen noch eine besondere Anleihe haben. Dieselbe ist vom lothringischen Bezirkstage im August d. J. für nothwendig erklärt und die kaiserliche Ermächtigung zu ihrer Aufnahme unterm 18. November ertheilt werden. Sie beläuft sich auf die Summe von 5,100,000 Frs. von welcher 2,100,000 Frs. zum Bau von Local-Eisenbahnen innerhalb des Bezirks und 3,00,000 Frs. für den Neubau der Bezirks-Irrenanstalt bestimmt sind. Höchst wahrscheinlich werden unsere seitjamer Reichsboten, die Herren Winterer, Gerber und Gen., auch in dieser Veranlassung wieder jammern, daß Frankreich Lothringen schuldenfrei an Deutschland abgetreten habe und dieses das Land mit Schulden überlädt. Eisenbahnen und gemeinnützige Anstalten sind ja auch nach der Weltanschauung jener Herren überflüssige Dinge; nur für den Peterspennig möge bras gesteuert werden und den Leitern der Kirche, wohl zu merken der unfehlbar-katholischen, sammt Schulbrüdern und Schulschwestern, darf es nie an aufrichtender Dotirung fehlen! — Dem kürzlich hier selbst verstorbenen Professor und Doctor der evangelischen Theologie, dem ersten Rector der neuen Universität Straßburg, Bruch, soll von seinen Freunden und Verehrern in der hiesigen St. Thomaskirche, die bereits die Denkmäler der bedeutendsten Professoren der ehemaligen straßburger Universität, eines Schöpflin, Koch, Oberlin, Schweighäuser und Anderer enthält, ein Denkmal errichtet werden. Zur Ausführung dieses Planes hat sich ein Comitee gebildet, in welchem die evangelischen Kirchenbehörden, die Universität, die Gemeinde des Verstorbenen, sowie mehrere Vereine, deren Vorsitzender derselbe gewesen, vertreten sind. Ein Aufruf dieses Comitee's um Beisteuern zu dem beabsichtigten Denkmal richtet sich an alle dankbaren Schüler, Freunde und Verehrer des Verewigten, an Alle, die ihm nahe gekommen sind, ihn kannten und hochschätzten.“ Bruchs Name ist auch unter den protestantischen Geistlichen des übrigen Deutschlands wohlbekannt und hochgeschätzt; daher wird dieser Aufruf ohne Zweifel auch dort Anklang finden. — Die seit Anfang September bandwurmartig durch die Spalten der „Augsb. Allg. Ztg.“ sich hinziehenden „Briefe aus dem Elsaß“ mit dem Motto: „Nil minis“ wurden eigentlich hier von Niemand mehr beachtet, nachdem sie, abgesehen von den beiden ersten, die allerdings einige Erwartungen erregt hatten, in ein fadet, oft läppisches Gemängeln aller, und jeder deutschen Maßregel und Einrichtung in Elsaß-Lothringen ausgeartet waren. Als ihr Verfasser war sehr bald Dr. August Schneegans bekannt geworden, vor 1870 einer der Redacteure des hiesigen „Niederrheinischen Courier's.“ Dieser pflegt seinen Bekannten von ehedem freilich zu versichern, daß seine Bekämpfung von dem fanatischen Deutschen Hass, dem er durch seine Option für Frankreich, ferner in seinem Buche „La guerre en Alsace“, in seinem Berner Blatte „L'Helvétie“, wie in seinem späteren Organe „Journal de Lyon“ Ausdruck gegeben, zu einem specificischen „Elsässer-thum“ eine aufrichtige sei, in den gedachten Briefen aber hat er bewiesen, daß ihm die Einnahme eines objectiven Standpunktes, geschweige denn die gerechte Würdigung der deutschen Nothwendigkeiten Elsaß-Lothringen gegenüber völlig unmöglich ist; er betitelt die hiesigen deutschen Einrichtungen eben als mißvergnügt, in seinen Gefühlen verlebter Franzose, dem es hart ankommt, die französische Überlührung des Wesens und der Zustände dieses Landes, die er sich gewöhnt hatte als deren unerhörbare, mit ihrem innersten Kern innig verwachsene Außenseite zu betrachten, Stück für Stück abrücken und in Staub zerfallen zu sehen. Nun, wie gesagt, die Briefe des Hrn. Schneegans sanden hier so gut wie gar keine Beachtung mehr, bis kürzlich die von der „Straßb. Ztg.“ mitgetheilte Thatache, daß die Redaction der „Allg. Ztg.“ sich geweigert habe, einer ruhig und sachlich gehaltenen Widerlegung derselben Aufnahme in ihr Blatt zu gewähren, wieder die Aufmerksamkeit auf sie lenkte. Das Verhalten der genannten Redaction hat in den hiesigen deutschen Kreisen natürlich nicht wenig befremdet und der von ihr angegebene Grund ihrer Weigerung: die fragliche Widerlegung sei „keine offizielle“ gewesen, kann doch schärfer als stichhaltig gelten, sollte auch wohl nur die Bedeutung einer malitiosen Wendung gegen den Einsender der Widerlegung, den hiesigen Universitätsseeretaire Dr. A. Schriker, haben, dessen journalistische Thätigkeit bekanntmachen aus offiziellen Quellen gespeist wird, und die gerade durch den Versuch, diesen ihren Ursprung zu verhüllen, bisweilen zu ihrer Ablehnung anreibt.

ÖSTERREICH.

Wien, 4. Decbr. [Das Abgeordnetenhaus] nahm heute die Spezialberathung des Budgets vor. Bei der Debatte über den den Ministerrath betreffenden Titel erklärte der Ministerpräsident, Fürst v. Auersperg, gegenüber den gegen die Errichtung eines eigenen Mi-

niesters für die Presse und eines Ministers ohne Portefeuille gerichteten Anfeuerungen der Abgeordneten Ditte und Stendel, daß gegenwärtige Cabinet bilde ein harmonisches Ganze, in welchem die beiden erwähnten Minister nothwendig seien. Es gebe keinen Sprechminister und keinen Preßminister. Was die offiziellen Zeitungen betreffe, so sei man an gewisser Seite gewöhnt, offizielle Zeitungen solche zu nennen, welche den moralischen Muth hätten, auf die Regierung nicht loszuschlagen; ihm (dem Ministerpräsidenten) sei die Unabhängigkeit mancher sogenannten offiziellen Blätter lieber, als die Unabhängigkeit macher sogenannten unabhängigen Blätter. (Beifall.) Der Titel betreffend den Ministerrath wurde darauf angenommen.

Pest, 4. December. [Der Finanzausschuß] hat heute seine Berathungen über die Indemnität vorlage für das erste Quartal 1875 fortgesetzt und die letztere numehr genehmigt. Sämtliche 10 dem Ausschuß angehörigen Mitglieder der Deputirte stimmen für die Vorlage, gegen dieselbe stimmen die 4 anderen zur Opposition gehörenden Deputirten. Der Ministerpräsident sprach seine Bereitwilligkeit aus, auch im Hause die Erklärung zu Protokoll zu geben, daß die Regierung den pro 1875 präliminären Betrag nicht überschreiten, sondern, wenn irgend möglich, noch reduzieren werde, obgleich die Indemnität auf Grund des Budgets von 1874 erhöht werde.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 5. December. Angekommen: Se. Exc. Graf v. Thun, Rittergutsbesitzer, aus Wien. (Fremdb.)

** [Zur Verhaftung des Kameraldirectors v. Berger] schreibt uns unser V-Correspondent aus Warmbrunn vom 4. December folgendes: „Obgleich schon im Laufe der diesjährigen Badesaison sich hier Gerüchte über eine schwedende gräßl. Schaffgotsch'sche Erbschafts-Regulirung verbreiteten und auch später dann und wann noch auftauchten, so hat doch die bereits durch Ihre Zeitung veröffentlichte Verhaftung des Kameral-Directors v. Berger in Hermendorf u. K. in allen Kreisen lebhaft überrascht. Die Person des Verhafteten ist gewissermaßen seit einem Zeitraum von länger als 30 Jahren mit der von ihm verwalteten Herrschaft der Grafen Schaffgotsch so verwachsen, seine seltene Hingabe für die eigensten Interessen der von ihm als General-Bevollmächtigten vertretenen Herrschaft, namenlich aus den fünfzig Jahren in allen Kreisen der Bevölkerung noch in so lebhaftem Andenken, daß man allgemein die Ansicht theile, die letzten Jahre seiner Beamtenhätigkeit würden von einer solchen Katastrophe verschont bleiben. Der Verhaftete ist überdies auch schon seit längerer Zeit leidend und es hieß in den letzteren Tagen, daß er während seiner Haft das h. Abendmahl genommen habe. Dem Vernehmen nach sind seit dem 2. December auch der Landschafts-Director v. Maubeuge, sowie der Vormund des von dem verstorbenen Grafen Leopold Schaffgotsch hinterlassenen Kindes hier eingetroffen und scheint demnach eine gerichtliche General-Revision in nächster Zeit bevorzuge zu haben.“

[Geburten und Mortalität] Im Laufe der leichtverlorenen Woche sind hierfür polizeilich angemeldet worden: Als geboren 104 Kinder männlichen und 95 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 199 Kinder, wovon 26 außerehelich; als gestorben 62 männliche und 42 weibliche, zusammen 104 Personen incl. 8 totgeborener Kinder.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Versailles, 4. December, Abends. Die National-Versammlung berieb den Gesetzentwurf über die Unterrichtsfreiheit an den höheren Lehranstalten fort. Bischof Dupanloup sprach für, Chalemel Lacour gegen die Vorlage. Das linke Centrum lehnte den Antrag, die Initiative für die Verathung der constitutionellen Gesetze zu ergreifen, ab und will die etwaigen bezüglichen Vorschläge der Regierung abwarten. Der Finanzminister bringt im Laufe des Januar die Vorlage über die Modifikation der bestehenden Steuern ein.

Madrid, 3. December. Der Carlistenchef Lozano, welcher heute erschossen worden ist, war, wie bereits vor Längerem gemeldet, wegen gemeiner Verbrechen zum Tode verurtheilt worden.

Brüssel, 4. Decbr. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer stand heute die am Dienstag angekündigte Interpellation des Abgeordneten Defuisseaux über die Handhabung des Gesetzes über die Auslieferungen und Ausweisungen zur Verathung. Defuisseaux begründete seine Interpellation und führte namentlich den Fall eines gewissen Taboureau an, der an Frankreich ausgeliefert worden sei. Der Justizminister hob in seiner Erwiderung hervor, daß diese Auslieferung nicht wegen politischer, sondern wegen gemeiner Verbrechen stattgefunden habe.

London, 4. Decbr. Der „Times“ wird aus Kalkutta gemeldet, daß der Yafub Khan nicht gefangen gesetzt, sondern von Shir Ali Khan nur in seinem Palaste interniert ist. Letzterer hat auf die Vorstellungen, welche vom Vicekönig von Ostindien in dieser Angelegenheit an ihn gerichtet worden sind, noch keine Antwort ertheilt.

Die Regierung hat jetzt die Überzeugung gewonnen, daß der in Gwalior gefangen genommene angebliche Nena Sahib in Wirklichkeit nicht Nena Sahib ist, da auch der Radschah von Scindia jetzt zugibt, daß er sich über die Identität des Gefangenen geirrt habe.

Belgrad, 4. December. Die Serbische Regierung hat auch heute noch die Adressdebatte fortgesetzt, ein Deputirter wurde wegen seiner Ausführungen über die Person des Fürsten, nach Beschluss der Versammlung, für einen Monat von der Theilnahme an den Sitzungen ausgeschlossen.

(Aus Wolff's Telegraphisches Bureau.)

Wien, 4. Dec. Der rumänische Regierungsagent Costasora ist von Bukarest hierher zurückgekehrt um die Abschließung des Zoll- und Handelsvertrages zu beschleunigen.

Bayonne, 4. December. Dem Uebertritt Don Carlos' auf französisches Gebiet lag seiner Zeit kein abenteuerliches Motiv zu Grunde, sondern, wie jetzt außer Zweifel steht, eine Zusammenkunft mit Freunden der carlistischen Sache, die dem Prätendenten 1½ Millionen Francs einhändigten, welche sie seinen Bevollmächtigten nicht übergeben wollten. Der Maire von Abbeduc und der Polizei-Inspector von Romagnieu wußten davon und haben ihm zur ungefährdeten Rückkehr hervorragende Hilfe geleistet.

Belgrad, 4. Decbr. Es bestätigt sich, daß der Ermordung des Abgeordneten Gerkovic am Tage nach seiner Wahl für die Serbische Regierung politische Motive zu Grunde liegen, weil in seiner Wohnung die ihm von dem früheren Abgeordneten Nicolajevic übergebrachten Beweismaterialien zur Verfolgung des früheren Kriegsministers Beli-Marcovic wegen erheblicher Unterschlagung nicht vorgefunden worden sind.

Belgrad, 3. Dec. Die serbische Regierung bereitet ein Elaborat für einen Zoll- und Handelsvertrag mit Österreich vor, um denselben dem österreichisch-ungarischen Ministerium zur Basis directer Unterhandlungen einzusenden.

Berliner Börse vom 4. December 1874.

Wechsel-Course.

Amsterdam	260 Fl.	8 T.	31/2	144/4	bz
do.	do.	2 M.	31/2	143/2	G
Augsburg	100 Fl.	2 M.	4/2	56	G
Frankf.-M.I.100Fl.	2 M.	5	—		
Leipzig	100 Thlr.	8 T.	6	99/4	G
London	1 Lst.	3 M.	6	62/4	bz
Paris	300 Fres.	8 T.	4	81/2	bz
Petersburg	100SR.	3 M.	51/2	93/4	bz
Warschau	90 SR.	8 T.	5	94/4	bz
Wien	150 Fl.	8 T.	4/2	91/4	bz
do.	do.	2 M.	4/2	91 G	

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4%	—	
Staats-Anl. consol.	4%	—	
do.	105 1/2	bz	
Staats-Schuldscheine	3%	91/2	bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3%	129	B
Berliner Stadt-Oblig.	4%	162/4	bz
Berliner	4%	100/4	B
Pommersche	3 1/2	86/4	bz
Posensche	4	93/4	bz
Schlesische	3 1/2	85/4	G
Kur. u. Neumärk.	4	98/4	bz
Pommersche	4	97/4	bz
Posensche	4	97/4	bz
Preussische	4	97/4	G
Westfäl. u. Rhein.	4	98/4	G
Sächsische	4	98/4	bz
Badische Präm.-Anl.	3 1/2	116/4	G
Bayerische 4% Anleihe	118	G	
Cöln-Mind. Prämienisch.	3 1/2	102/4	bz
Kurb. 40 Thlr.-Loose	75/4	G	
Badische 35 Fl.-Loose	40/4	B	
Braunschw. Präm.-Anleihe	23 1/2	etbz	
Oldenburger Loose	41/4	B	

Louis.	110 Fl.	G 11/2	G
Ducaten	3 1/2	G	
Sover.	6 2/4	G	
Napoleons	5 1/2	G	
Imperials	—		
Dollars	1 1/2	G	

Hypotheken-Certificate.

Krapp'sche Partial-Obl.	5	100/4	bz
Unkb. Pf. d. Pr. Hyp.-B.	4 1/2	100/4	bz
Deutsche Hyp.-Kb.-Pib.	4 1/2	95/4	bz
Kündb. Cet.-Bd.-Cr.	4 1/2	100/4	bz
Unkünd. d. (1872)	5	102/4	bz
do. rückz. b. 110	5	106/4	bz
do. do. do.	4 1/2	99/4	bz
Unk. H. d. Pr. Bd. Cr. d.	5	102/4	bz
do. III. Em. do.	5	101	bz
Kündb. Hyp.-Schuld.-C.	5	99/4	G
Hyp. Anth. Nord.-G.-C.B.	5	101/2	bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	101	bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106/4	bz
do. II. Em.	5	104/4	bz
do. III. Em.	5	101/2	bz
do. 5% F. rklzbr. m. 110	4 1/2	93/4	bz
Meininger Präm.-Pf.	4	101	B
Oest. Silberpandbr.	5	72	G
do. Hyp.-Crd. Pfndbr.	5	67/4	G
Pfd. d. Ost.-Bd.-Cr. G.	5	87/4	G
Schles. Bodenr. Pfndbr.	5	99/4	G
do. do.	4 1/2	94/4	G
Südd. Bod.-Cred.-Pfd.	5	102/4	G
Wiener Silberpandbr.	5 1/2	69/4	G

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	41/4	68	bzG
do. Papierrente	41/4	63 1/2	bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	108	bzG
do. Lott. Anl. v. 50	5	109/4	etbz
do. 64er Loose	—	113/4	bzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	165	bz
do. do.	1866	158	bzG
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	89/4	bzG
Russ.-Pol. Schatz.-Obl.	4	86/4	bzG
Poln. Liquid.-Pfndbr.	4	69/4	bzG
Amerik. 6% Anl. p. 1882	5	101/2	bz
do. do.	5 1/2	101	bz
Französische Rente	5	99	bz
do. 5% Anleihe	5	99	bz
Französische Rente	5	100	B
Ital. neue 5% Anleihe	5	67/4	bz
Ital. Tabak-Oblig.	5	98/4	bzG
Raab-Grazer 100 Thlr.	4	81/4	bz
Rumänische Anleihe	5	104/4	bz
Türkische Anleihe	5	44	bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	74/4	G
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—		
Finnische 10 Thlr.-Loose	12 1/4	B	
Türken-Loose	12 1/2	bz	

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Görlitzer	5	5	99 1/2	bzG
Berlin, Nordbahn	5	5	23 1/2	bz
Breslau Warschau	5	5	38 1/2	bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	49 1/2	bz
Hannover-Altenb.	5	5	43 1/2	bz
Kohlfurt-Falkenb.	5	5	56 1/2	bz
Märkisch-Posener	0	0	61 1/2	bz
Magdeburg-Halberst.	3 1/2	3 1/2	72 1/2	bz
do. Lit. C.	5	5	100 1/2	bz
Ostr. Südbahn	0	0	76 1/2	bz
Pomm. Centralb.	5	0	104 1/2	bz
Rechte O.-U.-Bahn	6	6	116 1/2	bz
Reichenberg-Pard.	4 1/2	4 1/2	66 1/2	bz
Rheinische	9 1/2	9 1/2	126 1/2	bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	19 1/2	bz
Rümän.-Eisenbahn	3 1/2	5	33 1/2	bz
Schweiz-Westbahn	12 1/2	12 1/2	20 1/2	bz
Stargard.-Posener	4 1/2	4 1/2	101 1/2	bz
Warschau-Wien	10	11	99 1/2	bz

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro 1872	1873	Zf.
Aachen-Märkisch.	1	1 1/2
Borg.-Märkisch.	6	3
Ber. in-Anhalt.	17	16
do. Dresden.	5	5
Berlin-Görlitz.	3 1/2	3
Berlin-Hamburg.	12	10
Berl. Nordbahn.	5	5
Berl.-Postd.-Magd.	8	4
Berlin-Stettin.	12 1/2	10 1/2
Böh. Westbahn.	5	5
Breslau-Freib.	7 1/2	8
do. neue	5	5
Cöln-Minden.	9 1/2	8 1/2
Cuxhav. Eisenb.	6	6
Dux-Bodenbach.	5	0
Gal.Carl-Ludw.-B.	7	0
Halle-Sorau-Gub.	0	0
Hannover-Altenb.	5	0
Kaschau-Oderbrg.	5	5
Kronpr.Rudolph.	5	6
Ludwigs.-Exb.	11	9
Märk.-Posener	0	0
Magdeb.-Halberst.	8	6
Magdeb.-Leipzig.	14	14
do. Lit. B.	4	4
Mainz-Ludwigsh.	11 1/2	9
Niederschl.-Märk.	4	4
Oberschl.-A. C. D.	13 1/2	13 1/2
Rechte O.-U.-Bahn	6	6
Reichenberg-Pard.	11	9
Rheinische	12 1/2	12 1/2
Rhein-Nahe-Bahn	0	0
Rümän.-Eisenbahn	3 1/2	5
Schweiz-Westbahn	12 1/2	12 1/2
Stargard.-Posener	4 1/2	4 1/2
Warschau-Wien	10	11

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

||
||
||